BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

16. Wahlperiode

Beschlussprotokoll
42. Sitzung
22. 06. 05

Nr. 16/621 - 16/643

Nr. 16/621

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

 Schutz kindlicher Opfer von Sexualdelikten im Strafverfahren verbessern Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 3. Mai 2005 (Drucksache 16/600)

2. Altersdiskriminierung

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 4. Mai 2005 (Drucksache 16/604)

3. Drittmittel, Eigenmittel des Landes und die regionalen ökonomischen Wirkungen von Wissenschaftsausgaben

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 19. Mai 2005 (Drucksache 16/624)

4. Kooperation mit Niedersachsen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 26. Mai 2005 (Drucksache 16/636)

 Strukturentwicklung des ttz und Stärkung der Hochschule Bremerhaven Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 26. Mai 2005 (Drucksache 16/638)

Nr. 16/622

Fragestunde

Landeseinrichtungen für Bremerhaven
 Anfrage der Abgeordneten Werner Kirschstein, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 25. Mai 2005

Änderung des Strafgesetzbuches – Strafbarkeit von Graffiti –
 Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Grotheer, Hermann Kleen, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 26. Mai 2005

 Erhöhung des Lehrdeputats an der Universität Bremen Anfrage der Abgeordneten Jörg Jäger, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 27. Mai 2005

4. Schülerlabore – "Forschen statt Pauken"

Anfrage der Abgeordneten Silvia Schön, Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2005

Zukunft Mittelstand: Zehn-Punkte-Programm
 Anfrage der Abgeordneten Klaus Möhle, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2005

 Kontrolle und Dokumentation der Einhaltung der Tariftreueerklärung Anfrage der Abgeordneten Klaus Möhle, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2005

7. Unterricht im Fach Werken/Textilarbeit

Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Juni 2005

8. Mündungsbereich der Weser als FFH-Gebiet melden!

Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juni 2005

9. Wann bekommt Bremen endlich eine Härtefallkommission?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juni 2005

10. Betrug mit Vermittlungsgutscheinen auch im Land Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Klaus Peters, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 7. Juni 2005

11. Jugendverbandsarbeit

Anfrage der Abgeordneten Frank Pietrzok, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 7. Juni 2005

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Bundesstiftung Baukultur

Anfrage der Abgeordneten Uta Kummer, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 7. Juni 2005

 Altes Kraftwerk im stadtbremischen Überseehafengebiet in Bremerhaven Anfrage der Abgeordneten Doris Hoch, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juni 2005

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 16/623

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 16/624

Modernisierung der beruflichen Bildung

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. Februar 2005 (Drucksache 16/526)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005

(Drucksache 16/615)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/625

Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005 (Drucksache 16/609) 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/626

Gesetz zur Änderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005 (Drucksache 16/610) 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/627

Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005 (Drucksache 16/611) 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/628

Gesetz über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005 (Drucksache 16/612) 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/629

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005 (Drucksache 16/654)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn André Städler

anstelle von Herrn Klaus-Dieter Wenger zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 16/630

Benennung von zwei ordentlichen und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union für die vierte Mandatsperiode 2006 bis 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler

und die Abgeordnete

Sandra Speckert

als ordentliche Mitglieder und die Abgeordneten

Christine Wischer

und

Dr. Iris Spieß

als stellvertretende Mitglieder in den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union für die vierte Mandatsperiode 2006 bis 2010.

Nr. 16/631

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 33 vom 14. Juni 2005

(Drucksache 16/649)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/632

Wahl von zwei Mitgliedern der staatlichen Deputation für Bau und Verkehr

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Reimund Kasper

anstelle der Abgeordneten Ingrid Reichert und die Abgeordnete

Uta Kummer

anstelle des Abgeordneten Dr. Carsten Sieling zu Mitgliedern der staatlichen Deputation für Bau und Verkehr.

Nr. 16/633

Wahl eines Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Hartmut Perschau

anstelle des in den Senat gewählten Abgeordneten Jörg Kastendiek zum Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Nr. 16/634

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sandra Speckert

anstelle des Abgeordneten Hartmut Perschau zum Mitglied und die Abgeordnete

Dr. Rita Mohr-Lüllmann

anstelle der Abgeordneten Sandra Speckert zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 16/635

Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Michael Bartels

anstelle des Abgeordneten Hartmut Perschau zum Mitglied des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 16/636

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Michael Bartels

anstelle der Abgeordneten Sandra Speckert zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 16/637

Ermittlungsverfahren und Strafverfahren wegen Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund – notwendige Verbesserungen im Strafrecht und im Versammlungsrecht

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 22. April 2005 (Drucksache 16/591)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. Juni 2005

(Drucksache 16/647)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/638

Bremen aktiv gegen die Gefahr von rechts

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juni 2005 (Drucksache 16/644)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/639

Bremen und Bremerhaven: weltoffen und tolerant – gegen Extremismus

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 21. Juni 2005 (Drucksache 16/665)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- 1. jede Form von Gewalt und Extremismus auch in Zukunft mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent zu bekämpfen,
- 2. an alle staatlichen Stellen zu appellieren, rassistischen oder antisemitischen Bestrebungen eine hohe Aufmerksamkeit zu widmen und auch weiterhin eine klare Absage zu erteilen,

- 3. bei der Bekämpfung von extremistischen Aktivitäten auch auf Kooperationen mit anderen Bundesländern, insbesondere mit Niedersachen zu setzen,
- Polizei und Strafverfolgungsbehörden personell und materiell in die Lage zu versetzen, polizei- und strafrechtlich relevante Verstöße konsequent und zeitnah zu ahnden,
- geeignete Maßnahmen zu pr
 üfen, wie einer Unterwanderung friedlicher Fußballfans durch rechtsextremistische Kr
 äfte durch Aufkl
 ärung ebenso wie durch repressive Maßnahmen vorgebeugt werden kann,
- 6. in den Schulen im Lande Bremen die Aufklärung und Erziehung der Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf die Gefährdungen durch Extremismus und die Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Erwiderung konsequent fortzusetzen und dies insbesondere durch die Vermittlung von verfassungsrechtlich geschützten Gütern wie der Menschenwürde und des Gleichheitsgrundsatzes,
- pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze in der Arbeit mit gegenüber extremistischen Gedankenguts gefährdeten Jugendlichen auch zukünftig zu gewährleisten und
- 8. über die Gefahren durch Extremismus auch in Zukunft die Menschen in Bremen und Bremerhaven umfassend zu informieren, insbesondere durch den Zugang zu entsprechenden Erkenntnissen staatlicher Stellen über rechtsextremistische Aktivitäten, soweit dies datenschutzrechtlich unbedenklich ist.

Nr. 16/640

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten und zur Änderung des Gesetzes über das Krebsregister der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2005 (Drucksache 16/601)

1. Lesung

2. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Mai 2005

(Drucksache 16/623)

u n d

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 21. Juni 2005

(Drucksache 16/661)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16/623) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU (Drs. 16/661) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 16/641

Reform des Bestattungswesens im Land Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 4. Mai 2005 (Drucksache 16/605)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Mai 2005

(Drucksache 16/633)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

- 1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat unter Berücksichtigung folgender Punkte auf, eine Novellierung/Reform des Bestattungswesens im Land Bremen vorzubereiten und der Bürgerschaft vorzulegen:
 - Eingeführt werden soll eine Informationspflicht für Eltern von Tot- oder Fehlgeburten. Viele Eltern haben den Wunsch, ihr Kind auf einem Friedhof zu bestatten, um eine Stätte des Gedenkens zu haben und ihrem Kind eine würdige Ruhestätte zu geben. Das geltende Gesetz sieht bereits vor, dass Tot- oder Fehlgeborene auf Wunsch eines Elternteils bestattet werden können. Hierüber fehlt den Eltern oftmals das Wissen. Durch die Einführung einer Beratungspflicht sollen die Eltern nach einer Tot- oder Fehlgeburt ausführlich über die Möglichkeit einer Bestattung informiert werden.
 - Auf vorhandenen Friedhöfen sollen wo möglich Areale mit Baumbestand als künftige "Baumgräber" ausgewiesen werden.
 - Ermöglicht werden soll die Bestattung von Leichen in Särgen aus Papierverbundstoffen (Öko-Särge). Vor allem bei Feuerbestattungen haben sich Särge aus Papierverbundstoffen gegenüber konventionellen Holzsärgen als umweltfreundlicher erwiesen, da sie geringere Kohlenmonoxid- und Stickoxidemissionen verursachen.
 - Generell soll der Sargzwang bei Erdbestattungen bestehen bleiben. In Ausnahmefällen (begründet durch unterschiedliche Religionen) soll unter bestimmten Auflagen die Bestattung im Leichentuch erlaubt werden. Dies darf jedoch nur auf bestimmten und festgelegten Friedhöfen möglich sein, wenn im Vorfeld geologische Gutachten über Erdbeschaffenheit und Verwesungsprozesse erstellt worden sind und damit die Geeignetheit für diese Art von Bestattungen erwiesen ist.
- 2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat und den Magistrat Bremerhaven außerdem, eine Novellierung der jeweiligen Friedhofsordnungen zu erarbeiten, mit denen den Bürgern künftig mehr Freiheiten bei der Grabgestaltung ermöglicht werden sollen.

Nr. 16/642

Bremen muss mehr tun bei der Korruptionsbekämpfung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Mai 2005 (Drucksache 16/606)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres mit der Maßgabe, bis Ende 2005 einen Bericht vorzulegen.

Nr. 16/643

Bericht über die Aktivitäten der nordmedia – Die Mediengesellschaft Niedersachsen/ Bremen mbH

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2005 (Drucksache 16/618)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

